



AUTOREN



Prof. Dr. Nils Goldschmidt

Vertretungsprofessur an der Universität
der Bundeswehr München



PD Dr. Joachim Zweynert

Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) und des Wilhelm-Röpke-Instituts in Erfurt

ORDNUNGSPOLITIK

Die Renaissance der Ordnungspolitik

Würde bereits in den nächsten Tagen die Wahl zum Wort des Jahres 2009 anstehen, hätte der Begriff „Ordnungspolitik“ gute Chancen, einen der ersten Plätze zu belegen. Kaum ein Politiker, der nicht „mehr ordnungspolitische Vernunft“ einfordert oder gar „ordnungspolitische Leitplanken“ anbringen will. Ob es nun um Konjunkturpakete, die Verstaatlichung von Banken, die Rettung angeschlagener Industrien oder den Umbau des Finanzsystems geht, überall beruft man sich auf „ordnungspolitische Grundsätze“. Ordnungspolitik ist zu einer Art Zauberformel geworden, die wirtschaftspolitischem Handeln den Charakter der „Richtigkeitsvermutung“ verleiht und sich der „Rückendeckung“ durch die ordoliberalen Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft sicher wähnt.

Zudem bedient die Politik auch ein neu erwachtes öffentliches Interesse an ordnungspolitischen Argumenten. Wohl selten in den letzten Jahrzehnten haben sich die Namen von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke so häufig in den Leitkommentaren der großen Tageszeitungen gefunden wie heute (ein Befund, den diese Neoliberalen übrigens mit John Maynard Keynes teilen).

Die rhetorische Wertschätzung, die die Ordnungspolitik in Politik und Öffentlichkeit erfährt, steht in auffälligem Gegensatz zu ihrer Reputation an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten. Dort ist die Ordnungspolitik heute akut vom Aussterben bedroht.

Die Umwidmung der entsprechenden Lehrstühle ist seit nunmehr zwei Jahrzehnten,

weitgehend unbemerkt, im Gange. Eine breitere Öffentlichkeit wurde auf diesen Prozess erst aufmerksam, seit man an der Universität zu Köln, der Wirkungsstätte Alfred Müller-Armacks und nachfolgender Generationen herausragender Ordnungsökonomien, im Handstreich versucht, die entsprechenden Lehrstühle in Professuren für Makroökonomik umzuwandeln. Die Ordnungspolitik gilt gegenwärtig den meisten Fachvertretern der Volkswirtschaftslehre – ganz anders als in der öffentlichen Wahrnehmung – als altbacken. Ordnungsökonomien stehen in dem Generalverdacht, nicht auf der Höhe des theoretischen Geschehens zu sein, das nun einmal exzellente mathematische Kenntnisse verlange. Stattdessen würden sie versuchen, theoretischen Gehalt durch ideologische Argumente und Werturteile zu kompensieren. Nach einer ähnlichen Diskrepanz zwischen öffentlichem Interesse und wissenschaftlicher Reputation, wie sie sich aktuell an der Diskussion um die Ordnungspolitik zeigt, sucht man wohl in allen anderen wissenschaftlichen Disziplinen vergeblich.

Worin liegt nun der Kern des ordnungsökonomischen Programms? Anders als anderen wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen geht es der Ordnungsökonomik darum, die „Interdependenz der Ordnungen“, also das Zusammenspiel von Recht, Wirtschaft und Politik zu untersuchen, um hieraus wirtschaftspolitische Empfehlungen zur Gestaltung der Wirtschaftsverfassung abzuleiten. Es geht ihr also um weit mehr als nur um „die Beschreibung und Analyse der Bedingungen von funktionsfähigem Wettbewerb“, wie Rüdiger Bachmann und Ha-

rald Uhlig dies in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 30. März 2009 behauptet haben.

Es stellt sich die Frage: Ist ein solcher, auf die Erkenntnis des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges gerichteter Ansatz veraltet, weil die Komplexität der modernen (Wirtschafts-)Welt nun einmal eine weitgehende wissenschaftliche Arbeitsteilung mit entsprechend spezialisierten Fachdisziplinen erfordert und ergo Wirtschaftswissenschaft sich auf das Verstehen des Wirtschaftsprozesses selbst zu beschränken hat?

Ein Blick in die Geschichte unserer Disziplin enthüllt, dass es schon immer zwei Hauptströmungen des ökonomischen Denkens gegeben hat: Die einen begreifen das Wirtschaften als einen eigenständigen Teil der Gesellschaft und konzentrieren sich auf jene Prozesse, die innerhalb des Wirtschaftssystems ablaufen. Dies sind die „reinen“ oder „isolierenden“ Ökonomen, die dazu neigen, sich abstrakter Modelle und der Sprache der Mathematik zu bedienen. Als ihr Begründer wird häufig David Ricardo gesehen, der in seinem Hauptwerk von 1817 erstmals eine modelltheoretische Betrachtung des wirtschaftlichen Geschehens vortrug. Die anderen sehen das Wirtschaften als einen unabtrennbaren Teil des gesellschaftlichen Gesamtgeschehens und konzentrieren sich vor allem auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Da sich diese – vornehmlich qualitativen – Beziehungen nur sehr schwer modelltheoretisch erfassen lassen, neigen die Vertreter dieses Ansatzes eher zur verbalen Argumentation und weit weniger zur Sprache der Mathematik. Man könne diese Richtung – in Abgrenzung zur isolierenden Ökonomik – als kontextuale Volkswirtschaftslehre bezeichnen.

Die deutsche Volkswirtschaftslehre war seit dem 19. Jahrhundert in besonderem Maße durch kontextuale Ansätze geprägt. Dabei handelt es sich keineswegs um einen

Ausdruck des deutschen geistesgeschichtlichen Sonderwegs, wie dies Albrecht Ritschl am 16. März 2009 in der FAZ behauptet hat. Sondern es reflektiert vor allem den Umstand, dass Deutschland etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts durch eine Periode der nachholenden Industrialisierung und damit durch eine soziale Transformation ging. Solche Phasen sind durch einen grundlegenden Wandel des Verhältnisses von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat geprägt, und das erklärt die Bedeutung kontextualer Ansätze. Ihren Höhepunkt erreichte diese Tradition in der jüngeren Historischen Schule um Gustav Schmoller.

Die Tatsache, dass das Pendel in jenen Jahren eindeutig zu weit in Richtung Kontextualität ausgeschlagen war, führte in den 1920er und 30er Jahren zum Protest junger deutscher Theoretiker, die sich in der Tradition von David Ricardo ganz bewusst als „Neoricardianer“ formierten und aus denen schließlich – und hierin mag man angesichts der heutigen Kritik an der Ordnungspolitik eine gewisse Ironie der Geschichte sehen – auch der Ordoliberalismus hervorgehen sollte. Nur: „Neoricardianisch“ waren diese Ökonomen eben gerade nicht. Sie hatten sowohl die wirtschaftspolitischen Verwerfungen der Weimarer Republik als auch den Nationalsozialismus erlebt. Und nicht zuletzt weil die Weltwirtschaftskrise von 1929 einen ganz entscheidenden Referenzpunkt ihres Denkens darstellte, wussten sie sehr gut um die Bedeutung des Politischen für das Wirtschaften. Sie versuchten deshalb einerseits, das Wirtschaftssystem in sich zu analysieren, es aber andererseits explizit auch in seinem gesellschaftlichen Kontext zu begreifen.

Unter Wirtschaftshistorikern besteht weitestgehender Konsens darüber, dass das kontextuale Denken der Ordoliberalen den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft der frühen 1950er Jahre mitbegründete. Zugleich hatte der beginnende Wettbewerb der politischen Systeme zur Folge, dass auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges für

Jahrzehnte keine tiefgreifenden Veränderungen im Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zu beobachten waren.

Die Ökonomen hatten deshalb gute Gründe, sich relativ wenig für die gesellschaftliche Einbettung des Wirtschaftens zu interessieren und sich stattdessen darauf zu konzentrieren, die Instrumente zu verfeinern, mit denen sich die funktionalen Zusammenhänge innerhalb des Wirtschaftssystems erklären lassen. Erschien es in den 1990er Jahren vielen Beobachtern noch so, dass nur in der nicht-westlichen Welt, vor allem in Osteuropa, erhebliche Veränderungsprozesse abliefen, so wissen wir es heute besser. Weil der politische Systemwettbewerb auch dem marktlichen Wirtschaften Fesseln angelegt hatte, die nun weggefallen sind, ist auch in der „westlichen“ Welt das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft in Bewegung geraten. Kurzum: Es spricht einiges dafür, dass wir in einem Zeitalter der Transformation leben.

Die aktuelle Wirtschaftskrise muss zumindest zum Teil in diesem Kontext gesehen werden: Sie hat auch damit zu tun, dass die Entwicklung der politischen Institutionen mit der wirtschaftlichen Dynamik nicht Schritt gehalten hat. Dies hatte zur Folge, dass der Staat nicht mehr in ausreichendem Maße in der Lage war, jenen Ordnungsrahmen zu schaffen, der sicherstellt, dass die auf Gewinnmaximierung gerichteten Aktivitäten privater Akteure zu gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen führen.

Die heutige Krise ist damit ein Ordnungsproblem par excellence, ein Problem, das nur begriffen und gelöst werden kann, wenn man das Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Institutionen ins Visier nimmt.

Dass der ökonomische mainstream so erschreckend wenig zur aktuellen Krise zu sagen hat, liegt schlicht und ergreifend daran, dass seine Vertreter eben keinen kontextualen Fokus haben. Anders gesagt:

Genau das, was heute im Zentrum der Erklärung und der Therapie stehen müsste, stellt den blinden Fleck der isolierenden Ökonomik dar.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Wir wollen mitnichten behaupten, die mathematisch-quantitative Modellökonomik sei schlecht oder gar falsch. Mehr noch: Tatsächlich glauben wir, dass es die bleibende Hauptaufgabe der Wirtschaftswissenschaft ist, die funktionalen Beziehungen innerhalb des Wirtschaftssystems zu erforschen. Wir meinen aber, dass es daneben auch eine gewichtige Strömung geben

muss, die jenen blinden Fleck beseitigt, den die isolierende Volkswirtschaftslehre zwangsläufig aufweist.

Dies ist die bleibende Aufgabe der Ordnungsökonomik, die sich – anders als ihre Kritiker gerne behaupten – in den vergangenen Jahren auf der Grundlage der Neuen Institutionenökonomik, der evolutiven Ökonomik und den Ansätzen von Public Choice und Constitutional Economics selbst modernisiert hat.

Auch als Ökonom weiß man, dass man nicht vorhersehen kann, was die Zukunft

bringt. Man kennt die Schädlichkeit von Monopolen und die Vorteile des Wettbewerbs. Und gerade im Darwinjahr sollte es keine wirklich revolutionäre Erkenntnis sein, dass Vielfalt die Überlebenschancen von Populationen erhöht. Warum nur fällt es Ökonomen so unendlich schwer, diese einfachen Prinzipien in ihrem eigenen Biotop, den Fakultäten für Wirtschaftswissenschaft, zu beherzigen?

Dieser Beitrag ist leicht gekürzt unter der Überschrift „Gute alte Zauberformel“ am 9. Mai 2009 in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienen.